

**Antrag zum Haushaltsplanentwurf 2016 gemäß § 8 der Geschäftsordnung**

<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Fachausschuss/Gremium</b>
03.12.2015	Ausschuss für Verwaltungsreform, Finanzen, Personal und Organisation
08.12.2015	Regionsausschuss
15.12.2015	Regionsversammlung

<b>Seite Entwurf</b>	<b>Teilhaushalt Nr. / Bezeichnung</b>
	Teilhaushalt 50 Soziales / Teilhaushalt 80 Wirtschaft und Beschäftigungsförderung

<b>Beantragte Änderung:</b>	Für die Umwandlung der regionsweit rund 1.200 Ein-Euro-Jobs in tariflich bezahlte und sozial abgesicherte Arbeitsplätze werden im Haushalt 15 Millionen Euro bereitgestellt.
<b>Begründung:</b>	Bei den 1-Euro-Jobs handelt es sich um Schikane. Die offizielle Begründung, man wolle so die Arbeitslosen fit für den Arbeitsmarkt machen, verhöhnt die Betroffenen, weil diese falsche Begründung seit vielen Jahren widerlegt ist. Ein-Euro-Jobber schaffen so gut wie nie den Sprung in den regulären Arbeitsmarkt. Ganz offensichtlich geht es nur darum, die ohnehin schon kaum mehr aussagefähige offizielle Arbeitslosenstatistik weiter zu schönen. Anstatt weiteren entwürdigenden Druck gegenüber den Arbeitslosen aufzubauen, sollte die Region endlich einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen und vernünftig bezahlten Arbeitsplätzen einführen: auf freiwilliger Basis und zu regulären tariflichen Bedingungen für alle Menschen, die definitiv nicht mehr auf dem Ersten Arbeitsmarkt unterkommen werden. Damit wäre den Arbeitslosen wirklich geholfen. Das von SPD und Grünen geplante Modellprojekt für einen sozialen Arbeitsmarkt geht zwar in die richtige Richtung, ist aber mit 300.000 Euro in 2016 finanziell viel zu knapp bemessen, sodass kaum eine Langzeitarbeitslose und kaum ein Langzeitarbeitsloser davon profitieren wird.

Mit freundlichen Grüßen

Hannover,

(Fraktionsvorsitzende/r, (stellv.) Gruppenvorsitzende/r)